

Deutsche Wirtschaft robust in unsicheren Zeiten

Von Claus Michelsen, Christian Breuer, Martin Bruns, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft wird in einem risikoreichen Umfeld ihren Wachstumskurs fortsetzen, allerdings mit etwas geringerem Tempo als zuletzt. Das Bruttoinlandsprodukt wird mit 1,8 Prozent in diesem Jahr, 1,7 Prozent im kommenden und 1,8 Prozent im Jahr 2020 aber weiter merklich zulegen. Insbesondere die Einkommen der privaten Haushalte – und damit der Konsum – kurbeln das Wachstum an, denn der Arbeitsmarkt läuft weiter rund: Die Arbeitslosenquote wird von 5,2 Prozent in diesem Jahr auf deutlich unter fünf Prozent im Jahr 2020 sinken – und damit auch zu kräftigeren Lohnanstiegen führen. Die Inflation bleibt indes mit knapp zwei Prozent moderat.

Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Wachstumskurs fort, allerdings mit geringerem Tempo als zuletzt (Abbildung 1). Die Überauslastung baut sich damit im Prognosezeitraum ab. Dies hängt vor allem mit einer geringeren Dynamik der weltwirtschaftlichen Entwicklung und einer etwas geringeren Nachfrage nach Investitionsgütern zusammen. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bleiben weiterhin intakt.

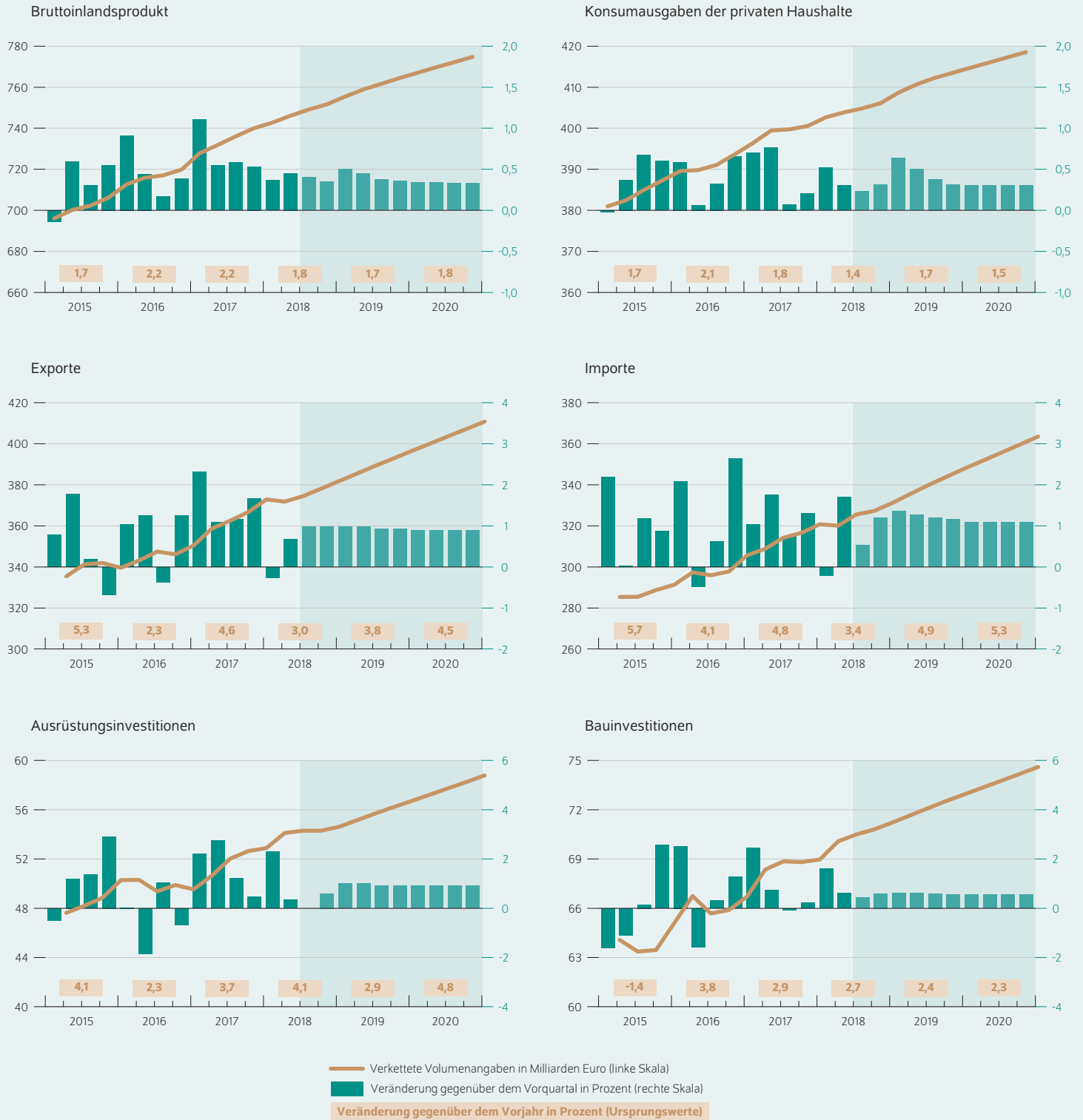
Die stark vom Export abhängige deutsche Wirtschaft dürfte besonders von den Risiken für die zukünftigen globalen Handelsverflechtungen betroffen sein: Vielerorts schwächelt die Investitionstätigkeit bereits und damit die Nachfrage nach deutschen Produkten. Die Inlandsnachfrage dürfte allerdings robust bleiben. Insbesondere wird sich die rege Bautätigkeit fortsetzen (Tabelle 1). Auch der Verbrauch der privaten Haushalte trägt weiterhin erheblich zum Wachstum bei. Allerdings fallen hier die Raten nicht mehr so kräftig aus wie in den vergangenen drei Jahren, in denen über weite Strecken rückläufige Energiepreise die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten angeschoben hatten. Mittlerweile steigen die Energiepreise wieder, vor allem deswegen fällt auch die Inflation mit etwa zwei Prozent mittlerweile höher aus (Tabelle 2). Angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Auslastung und anziehender Arbeitskosten dürfte sich die Tendenz zu höherer Inflation fortsetzen, allerdings die Zwei-Prozent-Marke nicht überschreiten.

Im kommenden Jahr schiebt eine Reihe finanzpolitischer Maßnahmen die Einkommen der Konsumentinnen und Konsumenten an. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich in diesem Umfeld mit gemächlicherem Tempo fort und angesichts zunehmender Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt – die Arbeitslosenquote sinkt von 5,2 Prozent in diesem Jahr auf 4,9 Prozent im kommenden und auf 4,6 Prozent im Jahr 2020 – werden die Löhne leicht beschleunigt zulegen.

Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft etwas an Fahrt verlieren; zum Ausdruck kommt dies in den kalenderbereinigten Wachstumswerten. In Ursprungswerten gerechnet dürfte das Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr um 1,8 Prozent

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2018.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,5	0,3	0,2	0,3	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	-0,3	0,6	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	0,5	0,4	0,6	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	2,3	0,3	0,0	0,6	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Bauten	1,6	0,6	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	-0,5	0,3	0,7	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,1	0,4	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,9	0,2	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	-0,1	-0,4	0,2	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	-0,3	0,7	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Import	-0,2	1,7	0,5	1,2	1,4	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2018; Prognose ab dem dritten Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	2,2	2,2	1,8	1,7	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 071	43 642	44 269	44 831	45 149	45 392
Erwerbslose, ILO	1 949	1 775	1 621	1 466	1 310	1 189
Arbeitslose, BA	2 795	2 691	2 533	2 347	2 208	2 104
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,6	4,1	3,8	3,4	3,0	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,4	6,1	5,7	5,2	4,9	4,6
Verbraucherpreise ³	0,3	0,5	1,8	1,9	2,0	1,9
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,2	1,5	2,1	2,2	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	23,9	28,7	34,0	60,4	57,2	52,8
in Prozent des BIP	0,8	0,9	1,0	1,8	1,6	1,4
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,9	8,5	7,9	7,6	7,3	7,2

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2018; Prognose ab 2018.

© DIW Berlin 2018

und im kommenden um 1,7 Prozent steigen.¹ Da im Jahr 2020 über dreieinhalb Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als 2019, beträgt die Wachstumsrate im Jahr 2020 1,8 Prozent. Ohne diese zusätzlichen Arbeitstage läge das Wachstum bei 1,4 Prozent. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sinkt dieses und nächstes Jahr leicht (Abbildung 2) und steigt im Jahr 2020 geringfügig an. Kalenderbereinigt sinkt die Auslastung aber auch im

Jahr 2020. Unterm Strich bleiben die Kapazitäten im Prognosezeitraum gut ausgelastet.

Die öffentlichen Haushalte werden weiterhin mit erheblichen Überschüssen abschließen: Der Finanzierungssaldo dürfte in diesem Jahr 60 Milliarden Euro betragen (1,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), bevor er – auch aufgrund der expansiven Finanzpolitik – in den kommenden Jahren etwas (auf 1,6 und 1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zurückgeht. Zumindest die hier zugrunde gelegte Berechnungsmethode ergibt, dass der größte Teil der Überschüsse struktureller Natur ist. Allerdings profitiert

¹ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt dieses Jahr zwischen 1,6 Prozent und 2,1 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,1 Prozent und 2,2 Prozent.

Deutschland nach wie vor auch von den ungewöhnlich niedrigen Zinsen.

Die deutsche Wirtschaft ist derzeit erheblichen Risiken ausgesetzt: Der Brexit birgt das Potential, die Handelsströme massiv zu belasten – was insbesondere die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde. Hinzu kommen drohende Auswirkungen des Zollstreits mit den USA: Hier konnte zwar eine Einigung die deutliche Erhöhung von Zöllen auf Fahrzeuge zunächst abwenden. Damit ist die Gefahr, die besonders eine der deutschen Schlüsselindustrien belasten würde, aber noch nicht gebannt. Der Handelsstreit wirkt bereits jetzt dämpfend auf die globale Investitionstätigkeit.

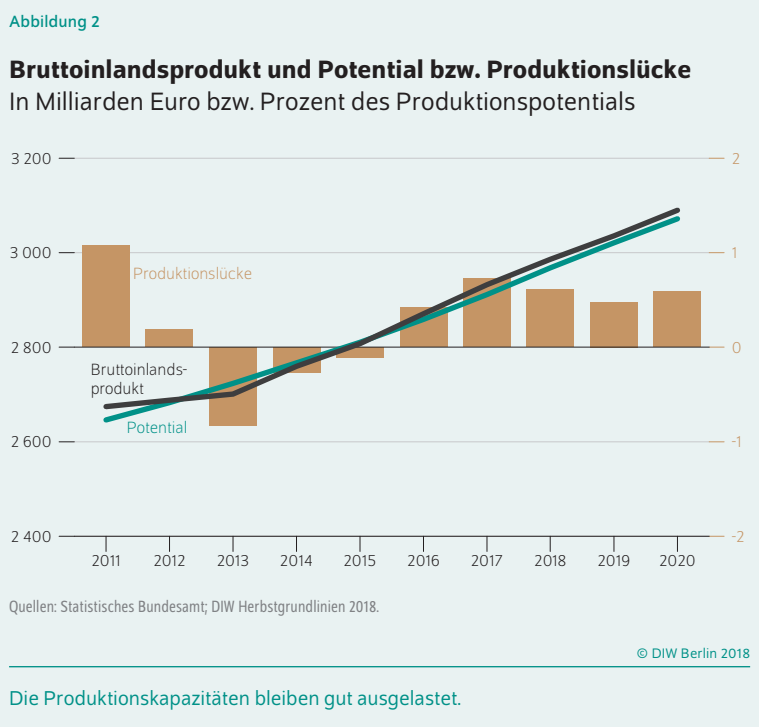
Inflation: Tendenz leicht aufwärtsgerichtet

Die Inflation liegt seit Mai leicht oberhalb von zwei Prozent. Verantwortlich dafür ist der Anstieg der Ölpreise, der sich zeitnah in höheren Kosten für Energie, insbesondere Kraftstoffe, niederschlägt. Auch die Nahrungsmittelpreise klettern seit geraumer Zeit kräftiger als die übrigen Preise. Ohne diese beiden stark schwankenden, in besonderem Maße von den Entwicklungen auf den Weltmärkten beeinflussten Preiskategorien verharrt die übrige Teuerung, die Kernrate, auf niedrigem Niveau. Zuletzt hat sie sogar etwas nachgegeben, auf unter anderthalb Prozent.

Im weiteren Verlauf dürfte mit der Kernrate die inflationäre Grundtendenz aber etwas anziehen: Die seit Frühjahr gestiegenen Energiepreise erhöhen die Produktionskosten, die von den Unternehmen nach und nach an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Die im Trend steigenden Arbeitskosten werden den Preisauftrieb mehr und mehr anschieben. Dies zeigt sich auch an den Erzeugerpreisen für gewerbliche Produkte, die bereits seit anderthalb Jahren um deutlich mehr als zwei Prozent zulegen. Die Teuerung ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln dürfte in diesem Jahr nur wenig – auf 1,5 Prozent – steigen, in den kommenden beiden Jahren dürfte sie dann aber – mit 2,0 beziehungsweise 2,1 Prozent – höher ausfallen.

Im Jahr 2019 werden die diskretionären Maßnahmen der Bundesregierung die Teuerung vorübergehend anfachen: Sie schieben die verfügbaren Einkommen der Haushalte und damit teils auch deren Konsum an, vor allem zu Jahresbeginn. Angesichts der ohnehin schon hohen Auslastung der deutschen Wirtschaft dürfte sich dieser Nachfrageschub auch in den Preisen bemerkbar machen.

Die Nahrungsmittelpreise dürften wegen der Dürre der vergangenen Wochen stärker zunehmen. Zwar wirken möglichen Preisanstiegen bei Produkten, bei denen hohe Ernteauffälle zu verzeichnen waren (etwa Getreide und einige Gemüsesorten) teils gegenläufige Entwicklungen bei anderen Produkten (etwa Milch und einige Obstsorten) entgegen. In den kommenden Monaten dürfte es aber alles in allem zu einer etwas höheren Teuerung bei Nahrungsmitteln kommen.



Annahmegemäß werden die Ölpreise im Prognosezeitraum sinken (Kasten 1). Aufgrund der seit Jahresmitte 2017 deutlich gestiegenen Ölpreise dürften die Energiepreise insgesamt im jahresdurchschnittlichen Vergleich 2018 dennoch um rund vier Prozent höher liegen als im vergangenen Jahr. Wegen der verzögerten Anpassung einiger Energieträger strahlen die höheren Ölnotierungen noch bis in das nächste Jahr aus. Energie verteuert sich für die privaten Haushalte auch im kommenden Jahr noch um zwei Prozent, im Jahr 2020 dürften die Energiepreise dann stagnieren – und damit die Inflation dämpfen. Alles in allem wird die Inflation in diesem Jahr bei 1,9 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 2,0 Prozent und im darauffolgenden Jahr bei 1,9 Prozent.² Würden die Ölpreise – anders als hier unterstellt – im weiteren Verlauf mit einer Jahresverlaufsrate von zwei Prozent zulegen, fiel die Inflation in den kommenden beiden Jahren mit 2,1 beziehungsweise 2,0 Prozent etwas höher aus.

Arbeitsmarkt: Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im vergangenen Quartal zu, im Vergleich zum Jahresauftakt jedoch mit spürbar geringerem Tempo. Der Beschäftigungsaufbau speiste sich zum einen aus einem Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit – auch wenn dieser sich im Vergleich zum Vorquartal verlangsamte. Zum anderen sorgte der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials für den größeren Teil des Beschäftigungsaufbaus. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten legte kräftig zu. Im Gegensatz dazu

² Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt dieses Jahr zwischen 1,6 Prozent und 2,1 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,1 Prozent und 2,2 Prozent.

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist geringfügig restriktiver ausgerichtet: Angenommen wird, dass das Anleihekaufprogramm zum Jahresende eingestellt wird und die EZB im dritten Quartal 2019 erstmals die Zinsen anhebt. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen steigen leicht an. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; dabei werden die durchschnittlichen Wechselkurse der vergangenen 30 Tage zugrunde gelegt. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,18 US-Dollar je Euro für dieses Jahr und von 1,15 US-Dollar je Euro für die kommenden beiden Jahre. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise gemäß dieser Annahme in diesem Jahr rund 28 Prozent höher, im kommenden Jahr um gut drei Prozent und im Jahr 2020 um gut vier Prozent

niedriger als im jeweiligen Vorjahr. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 3. September 2018. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,5 Prozent zu – hier schlägt insbesondere die Einigung der Arbeitgeberverbände mit der IG Metall durch –, im nächsten und übernächsten Jahr dann jeweils um 2,7 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum überwiegend expansiv ausgerichtet. So ergibt sich in den Jahren 2018 bis 2020 jeweils ein jährlicher fiskalischer Impuls von rund zehn bis 15 Milliarden Euro. Dabei wird davon ausgegangen, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden.¹ Der finanzpolitische Impuls liegt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr bei 0,3 Prozentpunkten. Für die Jahre 2019 und 2020 werden weitere expansive Impulse in Höhe von 0,4 beziehungsweise 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwartet.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2018	2019	2020
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,1	0,5
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	1,3	1,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,6	0,7
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,18	1,15	1,15
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,5	2,7	2,7
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	73,42	74,06	70,94
Erdölpreis	Euro/Barrel	62,05	64,18	61,48

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

¹ Vgl. den Abschnitt zu den öffentlichen Finanzen in diesem Bericht.

sank die Zahl der Personen, die ausschließlich Minijobs ausübten. Auch die Zahl der Selbständigen verringerte sich weiter (Tabelle 3).

Für das dritte Quartal deuten die vorliegenden Monatswerte auf einen Beschäftigungsaufbau von 561000 Personen hin. Im weiteren Prognoseverlauf dürfte sich die Dynamik aber – abgesehen von einem Zwischenhoch zu Jahresbeginn 2019 wegen zusätzlicher Nachfrageimpulse durch die expansive Finanzpolitik – deutlich abschwächen, denn die Produktion schlägt ein gemächlicheres Tempo ein (Abbildung 3). Trotz einer Zunahme der Erwerbsbeteiligung steigt das inländische Erwerbspersonenpotential demografisch bedingt im laufenden Jahr nur geringfügig; im weiteren Prognosezeitraum sinkt es sogar. Der Rückgang wird durch Wanderungsgewinne, insbesondere mit den Ländern der Europäischen Union, größtenteils kompensiert, sodass

das Erwerbspersonenpotential in der Summe steigt. Da die Zuwächse jedoch geringer ausfallen als bei der Beschäftigung, sinkt die Arbeitslosigkeit (Tabelle 3). Der Beschäftigungsaufbau wird im Prognosezeitraum weiterhin von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen, wohingegen die Zahl der Selbständigen zurückgeht.

Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich in diesem Jahr auf voraussichtlich 2,3 Millionen, im kommenden Jahr auf 2,2 Millionen und im Jahr 2020 auf 2,1 Millionen Personen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent im laufenden Jahr, 4,9 Prozent im kommenden Jahr und 4,6 Prozent im Jahr 2020.³

³ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, unterscheidet sich für dieses Jahr bis auf die erste Nachkommastelle nicht von der Punktprognose; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,8 Prozent und 5,0 Prozent.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2017

	2018	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,3	–2,7	–4,1
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	–3,7	–4,0	–4,1
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020		0,0	–0,3
Tarifverschiebung 2019		–2,0	–2,3
Tarifverschiebung 2020			–1,9
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009	2,3	0,0	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen	–1,4	–2,3	–2,5
Ausweitung der Mautstrecken und LkW-Maut	0,8	1,7	1,7
steuerliche Förderung des Mietwohnbaus		–0,1	–0,2
Rückkehr zur paritätischen Finanzierung des Zusatzbeitrags der Gesetzlichen Krankenversicherung		–0,4	–0,4
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro/Monat ab dem 1. Juli 2019		–0,8	–1,7
Einnahmen der Sozialversicherung			
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte	–1,3	–1,3	–1,3
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2018	–0,7	–0,8	–0,8
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte	–0,3	–0,3	–0,3
Senkung des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte		–5,9	–6,1
Erhöhung des Beitragssatzes der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte		5,2	5,4
Änderung bei den Midi-Jobs		–0,5	–0,5
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Zusätzliche investive Ausgaben	–2,3	–3,9	–5,3
Baukindergeld	–0,2	–0,5	–0,9
Erhöhung der Ausgaben für Forschung		–0,5	–0,7
Erhöhung des Kinderzuschlags		–0,3	–0,3
Erhöhung des BaFöG			
Ausgaben der Sozialversicherung			
Maßnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung	–1,1	–1,2	–1,2
Erhöhung des Mütterrente		–3,7	–3,9
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz		–1,2	–1,5
Insgesamt	–9,2	–25,5	–33,2
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,3	–0,7	–0,9

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

Quelle: Bundesregierung; DIW Herbstgrundlinien 2018.

Die Löhne zogen im vergangenen Quartal nicht besonders stark an. Dabei muss die Lohnentwicklung differenziert betrachtet werden: Im Vergleich zum Vorjahr gab es bei den Bruttostundenlöhnen lediglich ein Plus von 1,7 Prozent. Diese Entwicklung ist jedoch größtenteils einem zusätzlichen Arbeitstag im Vergleich zum Vorjahr geschuldet, was sich auch in einem Anstieg der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 1,4 Prozent niederschlug und die Entwicklung der Stundenlöhne spürbar dämpfte. Je Erwerbstätigen stiegen die Löhne um 3,2 Prozent und somit deutlich stärker als die tarifliche Lohnsteigerung der Monatslöhne (ohne Sonderzahlungen) von 2,3 Prozent.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich der Lohnauftrieb etwas verstärken. So ziehen die tariflichen Lohnanhebungen auf Stundenbasis im kommenden Jahr nochmals leicht an und halten danach ihr Tempo. Dafür sprechen bereits

vorliegende, aber erst später wirksam werdende Tarifvereinbarungen – beispielsweise für den öffentlichen Dienst, das Gebäudereinigerhandwerk, die Süßwarenindustrie oder für das private Verkehrsgewerbe. Da die gute Konjunktur generell die Verhandlungsposition der Beschäftigten stärkt, dürfte auch die außertarifliche Entlohnung anziehen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können bei guter konjunktureller Lage höhere Bonuszahlungen und eine höhere außertarifliche Bezahlung durchsetzen, weshalb die Differenz von Effektivlöhnen und Tariflöhnen – die Lohndrift – positiv mit dem Konjunkturzyklus korreliert ist.⁴ Im lau-

⁴ Ein ökonometrischer Modellansatz basierend auf dem historischen Zusammenhang zwischen der Lohndrift und verschiedenen Indikatoren für den Auslastungsgrad der Wirtschaft ermöglicht die konsistente Fortschreibung der Lohndrift auf Grundlage der prognostizierten unabhängigen Variablen. Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2018): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2018. DIW Wochenbericht Nr. 24, 514 (online verfügbar, abgerufen am 3. September 2018). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Erwerbstätige im Inland	42,67	43,07	43,64	44,27	44,85	45,18	45,43
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,41	4,36	4,33	4,29	4,29	4,27	4,27
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	30,17	30,77	31,44	32,16	32,80	33,20	33,54
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,85	1,84	1,84	1,84	1,84	1,84	1,84
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,09	4,90	4,86	4,80	4,74	4,70	4,60
Sonstige	1,15	1,20	1,16	1,16	1,17	1,17	1,17
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,08	-0,09	-0,11	-0,12	-0,12	-0,12
Erwerbstätige Inländer	42,61	42,99	43,55	44,16	44,72	45,06	45,30
Erwerbslose	2,09	1,95	1,78	1,62	1,47	1,31	1,19
Erwerbspersonen	44,70	44,94	45,32	45,78	46,19	46,37	46,49
Nachrichtlich:							
Arbeitslose	2,90	2,79	2,69	2,53	2,35	2,21	2,10
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	6,7	6,4	6,1	5,7	5,2	4,9	4,6
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	8,8	8,3	7,9	7,3	6,7	6,2	5,9
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	4,7	4,3	3,9	3,5	3,2	2,8	2,6
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	5,0	4,6	4,1	3,8	3,4	3,0	2,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,74	40,06	41,11	41,49	41,71	41,99	42,24

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2018.

fenden Jahr dürfte die Lohndrift, nicht zuletzt wegen des zuletzt geringen Anstiegs der Effektivlöhne, in etwa neutral ausfallen (Abbildung 4). Im kommenden Jahr liegt sie in etwa bei 0,2 Prozentpunkten und im Jahr 2020 bei 0,4 Prozentpunkten und ist Ausdruck der anhaltend guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Unter der Annahme eines Anstiegs der Tariflöhne im laufenden Jahr um 2,5 Prozent (Tabelle 1 in Kasten 1) legt die Lohndrift einen Bruttolohnanstieg pro Stunde in etwa gleichem Maße nahe. Für die kommenden zwei Jahre ist ein Zuwachs der tariflichen Stundenlöhne um jeweils 2,7 Prozent veranschlagt. Entsprechend werden die effektiven nominalen Stundenlöhne wohl um 2,9 Prozent im Jahr 2019 steigen. Hier dürfte sich auch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns um voraussichtlich vier Prozent bemerkbar machen. Im Jahr 2020 steigen die Löhne um 2,8 Prozent. Hier schlägt zu Buche, dass kalenderbedingt relativ viele Arbeitstage anfallen und die meisten Beschäftigten Arbeitsverträge haben, die fixe Monatsgehälter vorsehen. Deshalb handelt es sich nicht um eine Verminderung des Lohnauftriebs.

Wirtschaftszweige: Wieder stärkere Impulse aus der Industrie

Die Wertschöpfung dürfte im laufenden Quartal mit 0,5 Prozent merklich zulegen. Da die Nettogütersteuern zuletzt etwas nachgegeben haben (die Steuern vom Umsatz lagen im Juli nur noch um 2,1 Prozent höher als im Vorjahr, nach 5,7 Prozent im Juni), wird das Bruttoinlandsprodukt mit 0,4 Prozent voraussichtlich etwas weniger stark zulegen. Zur

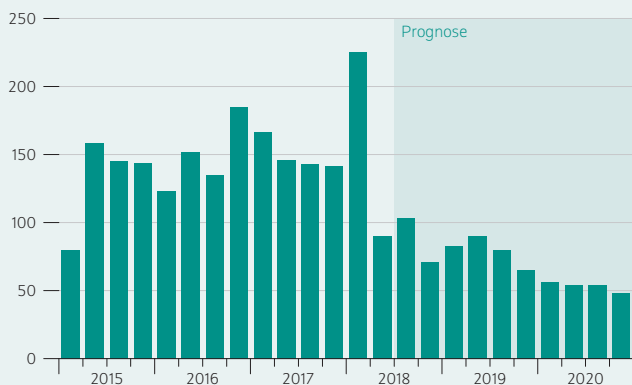
Wertschöpfung dürfte vor allem das produzierende Gewerbe beitragen, das nach der konjunkturellen Delle im zweiten Vierteljahr wohl wieder Fahrt aufnehmen wird. Dabei setzt sich insbesondere der Bauboom fort. Der Aufwärtstrend der Industrie strahlt auf die Unternehmensdienstleister und die Logistikbranche aus, wenngleich sich der allgemeine Aufwärtstrend im Verlauf etwas abschwächt – abgesehen von vorübergehenden Impulsen in der ersten Jahreshälfte 2019 aufgrund des finanzpolitisch angeregten Einkommenschubs. Besonders kräftig dürfte sich auch der Bereich Information und Kommunikation entwickeln.

Die Beschäftigung wird im Einklang mit der Wertschöpfung aufgebaut. So steigt die Zahl der Beschäftigten besonders dynamisch in der Industrie und – wie auch zuletzt schon – in den Bereichen Information und Kommunikation, bei den Unternehmensdienstleistern und im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit. Hier machen sich die Alterung der Gesellschaft bemerkbar sowie die Tatsache, dass die öffentlichen Kassen gut gefüllt sind. Die Arbeitsproduktivität dürfte 2018 im Jahresdurchschnitt wenig steigen; dies liegt vor allem daran, dass die Unternehmen ihren Personalbestand trotz der etwas schwächeren Produktion unvermindert aufgebaut haben. Im weiteren Verlauf dürfte die Produktivität je Erwerbstätigen wieder kräftiger zulegen als im ersten Halbjahr. Im nächsten Jahr kommt hinzu, dass einige Bereiche den Nachfrageschub der privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte zu einem guten Teil mit Überstunden bedienen dürften – Auswirkungen auf die Stundenproduktivität sind dagegen nicht zu erwarten.

Abbildung 3

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber dem Vorquartal



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2018.

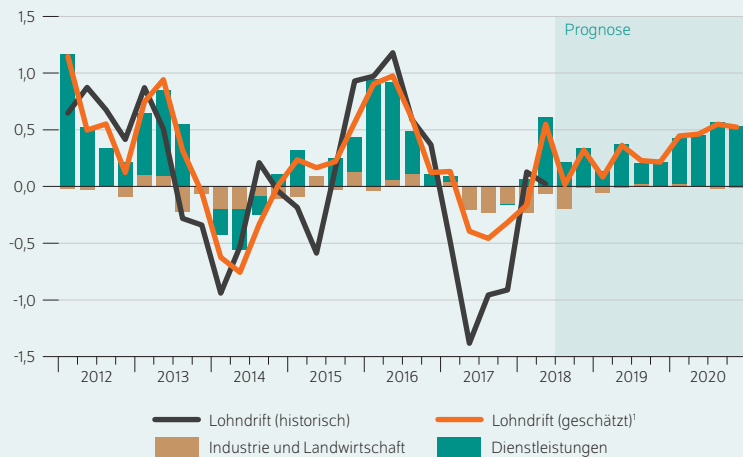
© DIW Berlin 2018

Im Prognosezeitraum wird weiter Beschäftigung aufgebaut, die Dynamik dürfte jedoch weniger kräftig ausfallen als im vergangenen Jahr.

Abbildung 4

Lohndrift pro Stunde

In Prozentpunkten



1 Die geschätzte Lohndrift errechnet sich anhand der mit der jeweiligen Zahl von ArbeitnehmerInnen gewichteten Summe aus Schätzwerten von Modellen für zwölf Wirtschaftssektoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Lohndrift fällt in den beiden kommenden Jahren positiv aus.

Privater Konsum: Stabile Zuwächse dank steigender Reallöhne

Der private Verbrauch hat trotz einer gestiegenen Sparquote zuletzt wieder etwas Fahrt aufgenommen. Die Einkommen der privaten Haushalte lagen etwa vier Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im laufenden Quartal dürfte der Konsum aber nur gedämpft expandieren, wofür eine Reihe von Indikatoren spricht (Kasten 2). Vor allem die vorübergehend etwas höhere Teuerung belastet die Kaufkraft. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme steigt in diesem Jahr um 4,7 Prozent. Da sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamt, fällt der Zuwachs der Lohnsumme insgesamt im kommenden Jahr mit 4,0 Prozent nicht mehr ganz so dynamisch aus. Im Jahr 2020 gleichen höhere Lohnanhebungen eine erneut etwas schwächere Beschäftigungsentwicklung nahezu aus. Die Löhne legen dann in der Summe um 3,9 Prozent zu. Schon in diesem Jahr steigt die Lohnsumme netto stärker als brutto, da die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur moderat zulegen. Im kommenden Jahr wird der Anstieg der Arbeitnehmerbeiträge durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gebremst, sodass die Haushalte der abhängig Beschäftigten netto ebenfalls einen höheren Zuwachs verzeichnen als brutto. Dieser Effekt fällt im Jahr 2020 weg und die Nettolöhne steigen dann wieder etwas langsamer als die Bruttolöhne.

Die Sozialleistungen nehmen 2018 im Vergleich zum Vorjahr verhalten zu. In den kommenden beiden Jahren dürfte der Rentenanstieg wieder für spürbarere Anstiege sorgen – vor

allem im kommenden Jahr, wenn unter anderem die Mütterrente ausgeweitet wird. Auch die Entnahmen der privaten Haushalte dürften angesichts der guten Konjunktur weiter steigen, insbesondere die Selbständigeneinkommen. Unter dem Strich bleibt die Dynamik der verfügbaren Einkommen kräftig: Sie steigen in diesem Jahr wie schon im vergangenen Jahr um 3,4 Prozent, im kommenden – teils auch aufgrund der finanzpolitischen Maßnahmen – sogar um 3,8 Prozent. Im Jahr 2020 beläuft sich das Plus auf voraussichtlich 3,0 Prozent.

Ausrüstungsinvestitionen: Dynamik verliert zeitweise an Schwung

Die Investitionsdynamik hat sich nach dem starken Jahresauftakt im zweiten Quartal deutlich abgekühlt. Vor allem der Staat hat sich bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge, Maschinen und Geräte zurückgehalten. Die Unternehmen hingegen weiteten ihre Investitionstätigkeit aus. Dennoch: Trotz der günstigen Finanzierungskonditionen, der hohen Auslastung der Produktionskapazitäten und der nach wie vor prall gefüllten Auftragsbücher scheint die Investitionstätigkeit der Unternehmen von Zurückhaltung geprägt zu sein. Vor allem die unübersichtliche weltpolitische Lage, insbesondere die Androhung höherer Zölle seitens der Vereinigten Staaten, dürfte die Investitionsbereitschaft gebremst haben. Belastet wird die Investitionstätigkeit zudem von Problemen bei der Erneuerung von Abgasuntersuchungen für Kraftfahrzeuge, die zu Lieferengpässen und teilweise einem Stopp der Bestellannahme führen.

Kasten 2

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das **Bruttoinlandsprodukt** zeichnet sich für das laufende Vierteljahr ein Quartalszuwachs von 0,4 Prozent ab. Während die Neuaufträge zuletzt gesunken sind, bleiben die Auftragsbestände noch hoch. Die Industrieproduktion lag zuletzt (Juni) über dem Durchschnitt des zweiten Quartals und die Unternehmenserwartungen sind – wohl in Reaktion auf die Einigung im Handelsstreit – im August deutlich gestiegen.

Der **private Verbrauch** fällt im dritten Quartal dagegen wohl etwas schwächer aus als im Vorquartal. Das zeigen etwa die Steuern vom Umsatz, die in der Vorjahresrate zum Quartalsauftakt deutlich nachgegeben haben. Vor allem aber dürfte der – in erster Linie ölpreisbedingte – Preisauftrieb die Kaufkraft stärker dämpfen.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2017. DIW Wochenbericht Nr. 24, 467–490 (online verfügbar).

Die **Exporte** expandieren im dritten Quartal moderat. Zwar sanken die Auftragseingänge seit Jahresbeginn deutlich, aber die Ausfuhren zehren von dem hohen Bestand an Aufträgen, der seit Jahresbeginn aufgelaufen ist. Die ifo-Exportorerwartungen erholten sich leicht im Vergleich zum relativ schwachen Jahresbeginn. Auch die Industrieproduktion kann zwar nicht an die starken Zuwächse der Vorquartale anknüpfen und wächst etwas langsamer, aber auf einem insgesamt hohen Niveau. Ähnliches gilt für die Umsätze des verarbeitenden Gewerbes (ohne sonstigen Fahrzeugbau) und die Umsätze mit Investitionsgütern. Die Warenausfuhr in Abgrenzung des preisbereinigten Spezialhandels deutet ebenfalls auf eine solide Entwicklung der Ausfuhren hin.

Die **Importe** dürften nach einem starken Vorquartal im dritten Vierteljahr an Tempo verlieren. Dies zeigte sich auch beim Konsumentenvertrauen, das sich zwischen Juni und August eintrübte, auch wenn es sich weiterhin auf einem hohen Niveau befindet.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** werden im laufenden Quartal wohl stagnieren. Die Umsätze der Investitionsgüterhersteller haben sich nach dem schwachen Frühjahr zuletzt zwar erholt, die Auftrags-eingänge waren allerdings deutlich rückläufig. Auch die Stimmung unter den Investitionsgüterherstellern hat sich im Sommer deutlich eingetrübt.

Die **Bauinvestitionen** dürften ihr hohes Aufwärtstempo hingegen nahezu fortsetzen. Zwar hat sich die Produktionsleistung auf niedrigerem Niveau als noch zum Jahreswechsel eingependelt und das Volumen der Auftragseingänge ist zurückgegangen – die Auftragsbestände allerdings erreichen immer neue Höchststände.

Die Unternehmen werden diese Zurückhaltung zunächst auch nicht ablegen. Zwar haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im August deutlich aufgehellt, der Rückgang der Auftragseingänge für Ausrüstungen aus dem Inland deutet aber auf eine schwache Dynamik hin. Auch die Umsätze der Investitionsgüterhersteller zeigen keine Ausweitung der Investitionstätigkeit an (Kasten 2).

Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Unsicherheit über mögliche Handelsbeschränkungen sowie Befürchtungen über einen „harten“ Brexit die Investitionsneigung dämpfen. Zudem hat die Europäische Zentralbank angekündigt, die Normalisierung der Geldpolitik voranzutreiben, die Zinsen anzuheben und damit das äußerst günstige Finanzierungsumfeld graduell zu verschlechtern. Gleichwohl rechnet das DIW Berlin damit, dass die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um gut vier Prozent, im kommenden Jahr um rund drei Prozent und im Jahr 2020 um knapp fünf Prozent

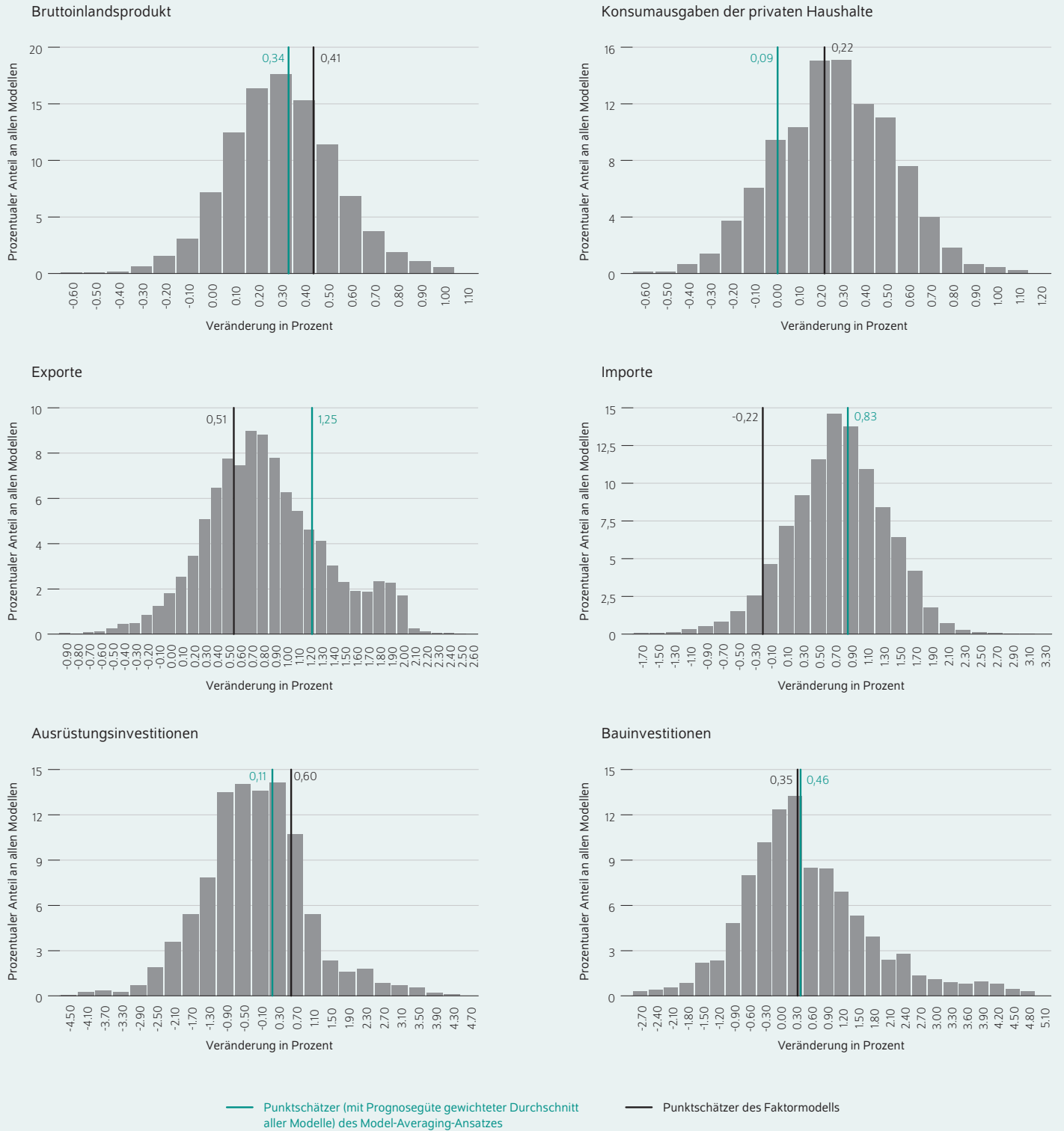
ausgeweitet werden. Die Investitionsquote bleibt damit im historischen Vergleich dennoch gering. Zudem überzeichnet die größere Zahl der Arbeitstage im Jahr 2020 die Dynamik der Investitionstätigkeit. Für die sonstigen Investitionen wie solche in Forschung und Entwicklung wird mit einem etwas schwächeren Verlauf gerechnet.

Bauinvestitionen: Geschäfte florieren

Die Bautätigkeit war zu Jahresbeginn äußerst rege. Vor allem der Staat investierte deutlich mehr. Sowohl die Wohnungsbauinvestitionen, als auch die Investitionen in gewerblich genutzte Gebäude bremsen dagegen die Dynamik der Bautätigkeit im zweiten Quartal, nachdem zu Jahresbeginn in diesen beiden Bereichen noch erheblich mehr investiert wurde. Die hervorragende Stimmung der Bauunternehmen, sowohl bei der Beurteilung ihrer Geschäftslage als auch ihrer Geschäftsaussichten, spricht allerdings für eine Fortsetzung der guten Baukonjunktur im Prognosezeitraum (Tabelle 4).

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2018.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2017	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr					
Wohnungsbau	60,7	-0,7	5,0	3,0	3,2	2,4	2,4
Nichtwohnungsbau	39,3	-2,5	2,0	2,9	2,0	2,4	2,1
Gewerblicher Bau	27,7	-3,2	1,3	3,1	0,6	2,0	1,9
Öffentlicher Bau	11,6	-0,8	3,9	2,4	5,5	3,2	2,5
Bauinvestitionen	100,0	-1,4	3,8	2,9	2,7	2,4	2,3
Ausrüstungen		4,1	2,3	3,7	4,1	2,9	4,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Der Wohnungsbau profitiert von der weiterhin regen Nachfrage aufgrund der Zuwanderung in die Ballungszentren und den günstigen Finanzierungsbedingungen. Zuletzt sind die Zinsen für Wohnungsbaukredite sogar wieder etwas gesunken. Auch die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt lässt erwarten, dass der Aufwärtstrend bei der Wohnungsbautätigkeit anhält. Die Bundesregierung hat einige Maßnahmen in Aussicht gestellt, die die Nachfrage nach Wohnraum auf den ersten Blick weiter ankurbeln könnten. So wurde das Baukindergeld beschlossen, das unterschiedlichen Schätzungen zufolge in den kommenden drei Jahren etwa eine halbe Million Haushalte begünstigen wird. Wahrscheinlich ist, dass das Baukindergeld aber zu großen Teilen in Mitnahmeeffekten verpuffen wird und vor allem den allgemeinen Preisauftrieb bei Immobilien und Bauleistungen beschleunigen wird.⁵ Ähnliches gilt für die derzeit diskutierten Möglichkeiten der Einführung von Sonderabschreibungen für Mietwohnungsneubauten.⁶ Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die Expansion der Wohnungsbauinvestitionen verlangsamen. Schon seit geraumer Zeit stagniert die Zahl neu genehmigter Wohnungen, die Finanzierungsbedingungen dürften sich etwas verschlechtern und auch der erhebliche Preisauftrieb für Bauleistungen und Bauland wird die Nachfrage wohl bremsen. Der Bauüberhang – also die Zahl genehmigter, aber noch nicht fertiggestellter Wohnungen – wird daher allmählich geringer werden. Insgesamt rechnet das DIW Berlin mit einer Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen im laufenden Jahr um 3,2 Prozent und in den kommenden beiden Jahren um jeweils 2,4 Prozent.

Der Wirtschaftsbau dürfte den eingeschlagenen, moderaten Aufwärtstrend fortsetzen. Ähnlich wie bei den Anschaffungen neuer Ausrüstungen halten sich die Unternehmen mit dem Bau neuer und der Sanierung bestehender Gebäude

zurück. Dennoch steigt hier das Volumen genehmigter Vorhaben seit geraumer Zeit kontinuierlich an, sodass alles in allem insbesondere im Bereich der Büro- und Verwaltungsgebäude, aber auch bei den Fabrik- und Werkstattgebäuden mit einer Ausweitung der Bautätigkeit gerechnet werden kann. Auch die Deutsche Bahn hat angekündigt, ihre Investitionen in die Netzinfrastruktur zu erhöhen. In diesem Jahr werden die gewerblichen Bauinvestitionen nur leicht zulegen und in den kommenden beiden Jahren dann um jeweils etwa zwei Prozent steigen.

Die Kassenlage der öffentlichen Auftraggeber ist sehr gut. Bund, Länder und Kommunen können mit erheblichen Haushaltsüberschüssen rechnen. Sowohl die Länder als auch der Bund haben angekündigt, ihre Ausgaben für Investitionen in die Infrastruktur auszuweiten. Auch größere Teile der Kommunen können Spielräume nutzen, um ihre Bauten instand zu setzen oder neue Gebäude zu errichten. Ihr Überschuss betrug im vergangenen Jahr bereits zehn Milliarden Euro und dürfte in diesem Jahr weiter anwachsen. Für finanzschwache Kommunen hat der Bund zudem Mittel bereitgestellt, die für die Sanierung von Schulgebäuden, den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die übrige kommunale Infrastruktur genutzt werden können. Der bereits sichtbare Zuwachs der öffentlichen Ausgaben in diesem Bereich wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Vor allem bei den Kommunen reichen diese Ausgaben aber dennoch nicht aus, um den Verschleiß zu kompensieren. Insgesamt steigen die öffentlichen Bauinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um 5,5 Prozent und in den kommenden beiden Jahren real um 3,2 beziehungsweise 2,5 Prozent.

Die Baupreise dürften weiterhin kräftig zulegen. Diese Entwicklung wird sowohl durch höhere Materialkosten als auch durch steigende Arbeitskosten getrieben. Dennoch werden die Lohnstückkosten im Baugewerbe weiter stark sinken; die Entwicklung geht also mit einer nochmaligen kräftigen Ausweitung der Gewinne der Baufirmen einher. Die vom ifo Institut befragten Unternehmen der Bauwirtschaft erwarten ebenfalls eine weitere Teuerung ihrer Leistungen. Für das

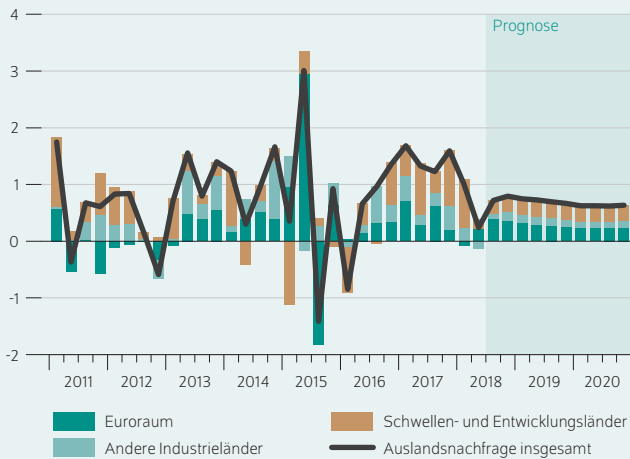
⁵ Vgl. Claus Michelsen, Stefan Bach und Michelle Harnisch (2018): Baukindergeld: Einkommensstarke Haushalte profitieren in besonderem Maße. DIW aktuell Nr. 14 (online verfügbar).

⁶ Vgl. Claus Michelsen (2016): Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus“ (online verfügbar).

Abbildung 5

Nachfrage auf wichtigen Auslandsmärkten¹

In Prozent gegenüber dem Vorquartal bzw. Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



¹ Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner.

Quellen: Bloomberg; DIW Herbstgrundlinien 2018.

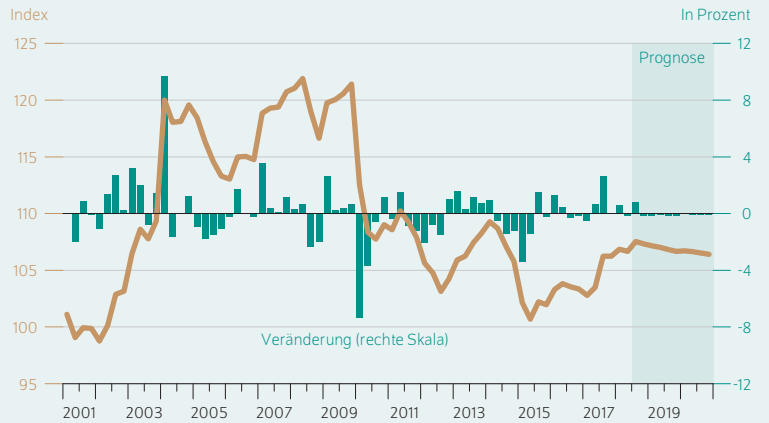
© DIW Berlin 2018

Die Dynamik der Auslandsnachfrage dürfte im Prognosezeitraum etwas an Fahrt verlieren.

Abbildung 6

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI

Index (linke Skala), Veränderungen in Prozent (rechte Skala)



Anmerkung: Unter annahmegemäß konstantem nominalen Wechselkurs im Prognosezeitraum.

Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich aufgrund der Abwertung des effektiven Wechselkurses des Euro zuletzt verbessert.

laufende Jahr ist mit einer Preissteigerung von 4,5 Prozent, für das Jahr 2019 von 4,1 Prozent und für das Jahr 2020 von 3,5 Prozent zu rechnen.

Außenhandel: bis auf weiteres stabil

Nachdem sich sowohl die Exporte als auch die Importe zu Jahresbeginn noch spürbar verringerten, hat der Außenhandel im zweiten Quartal 2018 wieder zugelegt. Bei den Exporten gab es dabei hohe Zuwächse von Investitions- und Konsumgütern. Auf der Importseite verzeichneten mit Ausnahme des Energiesektors alle Gütergruppen ein Plus, das sogar größer ausfiel als das der Exporte.

Im dritten Quartal 2018 dürften die Ausfuhren etwas kräftiger steigen als zuletzt, darauf deuten die Indikatoren des Außenhandels hin (Kasten 2). Die Auslandsnachfrage, die mit deutschen Exportanteilen gewichtete Importnachfrage der wichtigsten Handelspartner, erholt sich im zweiten Halbjahr 2018 nach geringen Zuwächsen in der ersten Jahreshälfte, auch aufgrund einer stärkeren Nachfrage aus dem Euroraum (Abbildung 5). Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Auslandsnachfrage zwar im Vergleich zum überaus starken Jahr 2017 etwas weniger kräftig expandieren. Aber die günstige konjunkturelle Lage in den Vereinigten Staaten sowie die sich verbessernde preisliche Wettbewerbsfähigkeit (Abbildung 6) wirken im Prognosezeitraum stützend, sodass die Exporte wohl weiterhin moderat expandieren werden.

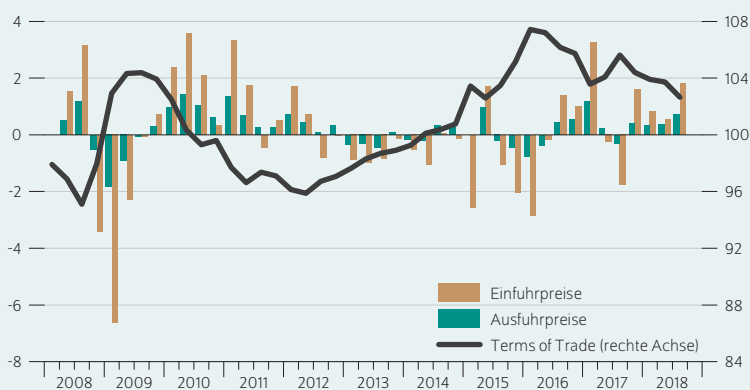
Die Einfuhren verzeichnen im dritten Quartal nur ein leichtes Plus, denn nach den starken Importen des Vorquartals sind die Lagerbestände gestiegen. Diese werden nun abgebaut. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Zuwachsraten aber wieder steigen und sich danach auf einem Niveau knapp über denen der Ausfuhren stabilisieren. Dabei profitieren die Einfuhren von der positiven Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts und darüber hinaus im kommenden Jahr von den Impulsen der expansiven Maßnahmen der Großen Koalition. Rein rechnerisch wird der Wachstumsbeitrag des Außenhandels im laufenden Jahr etwa neutral ausfallen und im kommenden Jahr leicht dämpfen. Im Jahr 2020 werden vom Außenhandel wohl keine Impulse ausgehen.

Die Ausfuhrpreise stiegen im zweiten Quartal 2018 moderat, während die Einfuhrpreise stärker zunahmen. Beides zusammengenommen setzt die Verschlechterung der Terms of Trade fort (Abbildung 7). Die Ausfuhrpreise dürften auch im laufenden Quartal moderat zulegen. Weitaus kräftiger werden wohl die Importpreise steigen. Hier wirken die seit Jahresbeginn anhaltende Abwertung des Euro sowie steigende Rohstoffpreise treibend. Im weiteren Prognosezeitraum laufen diese Effekte jedoch annahmegemäß aus. Die Zuwächse der Ausfuhrpreise dürften dann über denen der Einfuhrpreise liegen, da die heimischen Unternehmen wohl insbesondere die steigenden Lohnkosten an ihre Kunden weitergeben. Die Terms of Trade werden daher im Verlauf des Prognosezeitraums Boden gutmachen.

Abbildung 7

Außenhandelspreise

Preise: Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent (linke Skala); Terms of Trade: Index 2010 = 100 (rechte Skala)



Anmerkung: Die abgebildeten Werte beinhalten eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Außenhandelspreisindizes um einen Monat. Letzter Wert (drittes Quartal 2018); Durchschnitt Juli/August gegenüber dem zweiten Quartal 2018.

Quellen: Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Im dritten Quartal 2018 dürften die Importpreise stärker steigen als die Exportpreise.

Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung des Welthandels ist weiterhin hoch. Zwar hat sich der drohende Handelskonflikt zwischen den USA und der EU im Zuge der Vereinbarung zwischen Donald Trump und Jean-Claude Juncker zum gegenseitigen Abbau von Handelsbarrieren vorerst beruhigt. Allerdings drohen die Spannungen zwischen den USA und China weiter zu eskalieren. Daraus resultierende Verwerfungen im Welthandel können auch für Deutschland schwer vorhersehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Ebenfalls unsicher sind weiterhin die künftigen Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich. Mit Blick auf die Verhandlungen zum bevorstehenden Brexit ist derzeit nicht zu erkennen, dass ein Handelsvertrag noch zustande kommt.

Öffentliche Finanzen: Hohe Überschüsse

Die Überschüsse der öffentlichen Haushalte nehmen seit dem Jahr 2014 von Jahr zu Jahr zu. Im laufenden Jahr dürfte sich der Budgetsaldo des staatlichen Gesamthaushalts noch einmal deutlich erhöhen und rund 60 Milliarden Euro betragen (1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Nur ein Teil der Überschüsse dürfte dabei auf konjunkturelle Effekte zurückgehen (rund zehn Milliarden Euro). Konjunkturberreingt ergibt sich ein Finanzierungssaldo von rund 50 Milliarden Euro (1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). In den kommenden beiden Jahren dürften expansive Maßnahmen zu einem leichten Rückgang der Überschüsse führen.

Die Einnahmen werden im laufenden Jahr deutlich zur Verbesserung der Haushaltsslage beitragen. Das

Steueraufkommen hat sich in der ersten Jahreshälfte 2018 vor allem aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung der direkten Steuern, wie der Lohn- und Einkommensteuer, deutlich erhöht. Hingegen wirken im laufenden Jahr die Anhebungen des Kindergeldes sowie des Kinder- und Grundfreibetrags belastend für die öffentlichen Haushalte. Für die kommenden beiden Jahre reduzieren weitere Anhebungen der Freibeträge und Tarifierpassungen das Aufkommen bei der Lohn- und Einkommensteuer. Zudem ist eine Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro pro Monat zur Jahresmitte 2019 vorgesehen.

Auch die Sozialbeiträge nehmen im Prognosezeitraum aufgrund der dynamischen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter kräftig zu. Allerdings werden auch die Beitragszahlerinnen und -zahler im laufenden Jahr entlastet. So wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte gesenkt und einige Krankenkassen haben ihre Zusatzbeiträge reduziert, sodass die Zusatzbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung, die bisher von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern allein getragen werden, um durchschnittlich rund 0,1 Prozentpunkte sinken. Zudem dämpft die Reduktion der Insolvenzgeldumlage die Arbeitgeberbeiträge.

Im folgenden Jahr werden verschiedene Beitragssatzanpassungen für abhängig Beschäftigte und Arbeitgeber vorgenommen, deren Auswirkungen auf das Staatsbudget insgesamt jedoch nur geringfügig sind. So ist vorgesehen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte zu reduzieren. Demgegenüber steigt der Beitragssatz der Pflegeversicherung wohl ebenfalls um 0,5 Prozentpunkte. Für die Gesetzliche Krankenversicherung ist vorgesehen, den Zusatzbeitrag, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher alleine tragen und der im Durchschnitt zuletzt rund ein Prozent betrug, wieder paritätisch zu erheben. Hierdurch kommt es zu einer Entlastung der Beschäftigten und zu einer Belastung der Arbeitgeber, allerdings per saldo zu einer geringfügigen Defizitwirkung für den Sektor Staat, da auch der Staat als Arbeitgeber für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im öffentlichen Dienst höhere Beiträge zahlen wird.

Neben den Steuern und Beiträgen werden auch die sonstigen Einnahmen des Staates zunehmen. So sind aus dem deutlich höheren Gewinn der Bundesbank im Jahr 2017 im laufenden Jahr rund 1,9 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt geflossen. Für die kommenden beiden Jahre wird mit nochmals leicht höheren Gewinnen der Bundesbank gerechnet. Zudem profitiert der Staat im laufenden Jahr von einmaligen Einnahmen durch Bußgelder (Volkswagen) und Vertragsstrafen (Toll Collect).

Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen damit im laufenden Jahr um 4,4 Prozent, sodass sich die Quote der staatlichen Einnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt leicht – von 45,0 auf 45,2 Prozent – erhöht (Tabelle 5). Für die Jahre 2019 und 2020 wird wieder ein leichter Rückgang auf 45,1 beziehungsweise 45,0 Prozent erwartet.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2020

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	-3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	-2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	-3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	-2,5	14,5
1995 ³	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	-3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	-3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	-2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	-2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	-1,7	13,3
2000 ⁴	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8
2010 ⁵	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6
2014	44,6	22,8	16,4	44,1	1,6	2,0	0,6	7,0
2015	44,5	22,9	16,4	43,7	1,4	2,1	0,8	6,1
2016	44,8	23,2	16,6	43,9	1,2	2,2	0,9	5,1
2017	45,0	23,4	16,7	43,9	1,0	2,2	1,0	4,4
2018	45,2	23,6	16,8	43,5	0,9	2,3	1,8	3,9
2019	45,1	23,5	16,7	43,5	0,9	2,3	1,6	3,6
2020	45,0	23,6	16,8	43,6	0,8	2,4	1,4	3,4

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per Saldo 119,6 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

5 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2018.

Die Ausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum ebenfalls zunehmen. Die Staatsquote wird im laufenden Jahr aus konjunkturellen Gründen dennoch deutlich zurückgehen. Für die beiden kommenden Jahre wird erwartet, dass die Staatsquote trotz der expansiven Impulse der Bundesregierung stagniert.

Die staatlichen Vorleistungskäufe, deren Dynamik zuletzt deutlich zugenommen hatte, dürften im laufenden Jahr nur gedämpft expandieren. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte wurde die Ausgabendynamik durch die vorläufige Haushaltsführung gebremst. Für die kommenden Jahre wird wieder mit einem kräftigeren Anstieg gerechnet. Bei mehr und mehr Ländern und Kommunen entspannt sich zudem die Haushaltslage, sodass Sparanstrengungen in den Hintergrund treten. Die geplanten investiven Mehrausgaben

dürften das Wachstum der Vorleistungen im kommenden Jahr noch einmal beschleunigen.

Die Arbeitnehmerentgelte werden ebenfalls kräftig steigen. So wurden in den Tarifverhandlungen erhebliche Lohnzuwächse vereinbart und die Zahl der Beschäftigten dürfte – auch im Zusammenhang mit den geplanten Mehrausgaben und aufgrund der nachlassenden Konsolidierungsbemühungen – im Prognosezeitraum zunehmen.

Auch das Wachstum der monetären Sozialleistungen hat sich in den vergangenen Jahren beschleunigt. Zwar kommt es auch im laufenden Jahr aufgrund der weiterhin sinkenden Arbeitslosigkeit zu Rückgängen bei Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung werden aber im laufenden Jahr erneut – aufgrund

Kasten 3

Produktionspotential

Die Berechnung des Produktionspotentials beruht grundsätzlich auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird. Dieser basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Struktureffekte werden berücksichtigt, indem die Entwicklung der Komponenten des Arbeitsvolumens für unterschiedliche Alterskohorten fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der im März 2017 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (Variante 2-A) fortgeschrieben. Diese wurde vor dem Hintergrund der hohen Zuwanderung vorgenommen und nimmt für 2017 eine hohe Nettozuwanderung an. Der tatsächliche Wanderungssaldo für das Jahr 2016 betrug 500 000 Personen. Für das Jahr 2017 wird ein Wanderungssaldo von rund 470 000 Personen unterstellt. Mit gut 440 000 Personen kommt dabei der Großteil des Wanderungsgewinnes aus den EU-Ländern, wobei den größten Anteil Zugewanderte aus den osteuropäischen EU-Staaten ausmachen. Die Nettozuwanderung aus Drittstaaten hat sich im Vergleich zum Jahr 2016 nahezu halbiert, auf rund 60 000 Personen. Insgesamt sinkt der Wanderungssaldo damit gegenüber 2016 leicht. Es wird angenommen, dass der Wanderungssaldo bis 2023 weiter zurückgehen wird. Aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation wird Deutschland aber ein beliebtes Einwanderungsland bleiben, sodass der Wanderungssaldo zum Ende des Projektionszeitraums mit rund 230 000 Personen oberhalb des Wertes der Bevölkerungsvorausberechnung liegt. Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwanderern und den Nicht-Erwerbszuwanderern wird der aktuelle Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt. Insgesamt können die positiven Wanderungssalden allerdings den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2023 nicht kompensieren.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote wird grundsätzlich getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Für Geflüchtete ergibt sie sich aus einem kalibrierten Suchmodell. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hil-

fe eines Alterskohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen getrennt nach Geschlecht und Herkunft fortgeschrieben. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung ergibt sich anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie steigt von knapp 74 Prozent im Jahr 2017 mit einer abnehmenden Zuwachsrate um rund dreiviertel Prozentpunkte bis 2021 an. Zum Ende des Projektionszeitraumes geht sie dann leicht zurück.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)

Die NAWRU ergibt sich im Projektionszeitraum als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote, die über die Mittelfrist konstant ist. Die NAWRU liegt im Jahr 2017 bei 3,8 Prozent und geht bis 2023 auf drei Prozent zurück. Ein Grund hierfür ist nicht nur, dass verglichen mit dem heutigen Stand immer mehr Geflüchtete eine Stelle finden, sondern dass auch immer mehr ältere Langzeitarbeitslose in Rente gehen und junge Arbeitssuchende aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktlage nicht in Langzeitarbeitslosigkeit geraten.

Kapitalstock

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Nettoinvestitionszuwächse fortgeschrieben. Zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird bis 2020 an den Wert aus der kurzen Frist angepasst und anschließend konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunkts gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2023 dürfte bei einem Drittel-Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch den Anstieg der Partizipationsquote und die sinkende NAWRU. Die durchschnittliche trendmäßige Arbeitszeit bleibt über den gesamten Zeitraum nahezu konstant. Trotz der relativ hohen Nettozuwanderung in den Jahren 2016 und

der deutlichen Anpassung der Renten zur Jahresmitte – deutlich expandieren. Auch in den Folgejahren werden die Renten kräftig – in Höhe der Zuwachsraten der Bruttolöhne und -gehälter – steigen. Zudem werden die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ausgeweitet. Insbesondere die geplante Ausweitung der Mütterrente führt zu Mehrausgaben in Höhe von rund 3,7 Milliarden Euro ab dem Jahr 2019. Hinzu kommen weitere Maßnahmen wie die Erhöhung des

Kindergeldes zur Jahresmitte 2019, die geplante Erhöhung der BAföG-Leistungen sowie das Baukindergeld und die Erhöhung des Kinderzuschlags.

Die sonstigen laufenden Transfers werden wohl wieder stärker zunehmen als im Jahr 2017. Für das laufende Jahr und die kommenden Jahre wird unterstellt, dass die Abführungen an die EU wieder deutlicher zunehmen werden.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
 Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2012–2017	2017–2023
Produktionspotential	1,6	1,6
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,6	0,3
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,6	0,9

Anmerkung: Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

2017 wird auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Durchschnitt wohl keine spürbaren Wachstumsimpulse liefern. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2023 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten leisten. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit gut eineindrittel Prozentpunkten unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,9 Prozentpunkten ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2023 um jahresdurchschnittlich 1,6 Prozent zunehmen wird. Allerdings verlangsamt sich das Tempo, mit dem das Potential in der kurzen Frist wächst, deutlich, sodass es zum Ende in der Mittelfrist demografisch bedingt bei 1,4 Prozent liegt.

Die Zinsausgaben des Staates sind in den vergangenen Jahren aufgrund der sehr niedrigen Zinsen deutlich zurückgegangen. Auch für die kommenden Jahre wird mit einem leichten Rückgang um jeweils etwa 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gerechnet.

Die staatlichen Bruttoinvestitionen waren im Jahr 2017 in etwa so hoch wie die rechnerisch ermittelten gesamtstaatlichen

Abschreibungen. Allerdings hat sich die staatliche Investitionsdynamik am aktuellen Rand deutlich erhöht. So sind die kommunalen Investitionen im ersten Halbjahr 2018 kräftig – um 20 Prozent – gestiegen. Dies dürfte teilweise auch auf die bessere Finanzausstattung einiger Kommunen zurückzuführen sein. Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird erwartet, dass auch in Folge der investitionsorientierten Maßnahmen der Bundesregierung die Investitionstätigkeit weiter steigt.

Die geleisteten staatlichen Vermögenstransfers werden voraussichtlich im laufenden Jahr verstärkt von Einmaleffekten getrieben. Zum einen führte das Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Kernbrennstoffsteuer im vergangenen Jahr zu deutlich überhöhten Vermögenstransfers, weshalb für das laufende und kommende Jahr ein Rückgang um diesen Betrag anzusetzen ist. Demgegenüber erhöhen sich die Vermögenstransfers durch die Defizitwirkungen, die durch den Verkauf der HSH Nordbank aufgetreten sind.

Insgesamt nehmen die staatlichen Ausgaben im laufenden Jahr um 2,6 Prozent zu. In den kommenden beiden Jahren dürfte sich dieser Anstieg beschleunigen, auf 3,7 Prozent im Jahr 2019 und 4,1 Prozent im Jahr 2020. Der Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöht sich damit auf 1,8 Prozent im laufenden Jahr, bevor er in den kommenden Jahren aufgrund der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung auf 1,6 Prozent im Jahr 2019 beziehungsweise 1,4 Prozent im Jahr 2020 zurückgeht.

Konjunkturbereinigt beträgt der Finanzierungssaldo im laufenden und im kommenden Jahr damit 1,4 Prozent. Im Jahr 2020 dürfte dieser auf 1,2 Prozent zurückgehen. Der Schuldenstand des Staates wird weiter sinken und dieser Prognose zufolge zum Ende des laufenden Jahres 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums im Jahr 2020 dürfte dieser – ohne Berücksichtigung von Sondereffekten – weiter auf rund 53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken.

Mittelfrist: Potential wächst demografisch bedingt immer langsamer

Im gesamten Projektionszeitraum bis 2023 folgt die weltwirtschaftliche Entwicklung annahmegemäß dem Trend zum Ende der kurzen Frist, also zum Jahresende 2020. Die entwickelten Volkswirtschaften wachsen demnach um gut zwei Prozent pro Jahr und die Schwellenländer um rund fünf Prozent. Ölpreis und Euro-Dollar-Wechselkurs verharren über den gesamten Projektionszeitraum bei den für Ende 2020 unterstellten Werten. Der Ölpreis beträgt demnach 71 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,15 US-Dollar pro Euro.

Angenommen wird, dass die Europäische Zentralbank den Restriktionsgrad der Geldpolitik nur allmählich erhöht. Damit dürften die Zinsen in Deutschland bis 2023 dem leicht aufwärts gerichteten Trend der kurzen Frist folgen. Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte in der mittleren Frist expansiv bleiben. Neben den bereits in der kurzen Frist

Tabelle 6

Mittelfristprojektion: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
in Millionen	in Millionen	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2010 = 100	
2012	42 061	37 501	1 375	2 688	63 900	46	2 758	103
2017	44 269	39 975	1 360	2 932	66 240	49	3 277	112
2023	45 283	41 107	1 369	3 205	70 783	52	4 008	125
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2017/2012	1,03	1,29	-0,21	1,76	0,72	0,94	3,51	1,72
2023/2017 ¹	½	½	0	1½	1	1	3½	2

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Tabelle 7

Mittelfristprojektion: Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Milliarden Euro					
2012	2 758,3	1 538,0	519,7	532,5	168,0
2017	3 277,3	1 732,2	638,9	658,5	247,8
2023	4 008	2 070,2	804,1	859,6	273,8
Anteile am BIP					
2012	100	55,8	18,8	19,3	6,1
2017	100	52,9	19,5	20,1	7,6
2023	100	52,0	20,0	21,0	7,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2017/2012	3,5	2,4	4,2	4,3	-
2023/2017 ¹	4	3½	4½	5½	-

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

berücksichtigten Maßnahmen des Koalitionsvertrages wird in der mittleren Frist insbesondere der für 2021 geplante erste Schritt zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages einen zusätzlichen Konjunkturimpuls in Höhe von zehn Milliarden Euro liefern.

Die Produktionslücke schließt sich bis 2023. Die Potentialwachstumsrate liegt im Projektionszeitraum bei jahresdurchschnittlich 1,6 Prozent (Kasten 3), dürfte jedoch demografisch bedingt zum Ende des Zeitraums um 0,2 Prozentpunkte niedriger sein.

Das Erwerbspersonenpotential nimmt in Folge der natürlichen Bevölkerungsentwicklung schon seit längerem ab. Trotzdem wird zu Beginn der mittleren Frist weiter

Beschäftigung aufgebaut. Dies gelingt nur deshalb, weil jahresdurchschnittlich per saldo rund 240 000 Personen – insbesondere aus Ländern der EU – dem Arbeitsmarkt zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Erwerbsbeteiligung, die bisher einen großen Beitrag zum Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen leistete, wird in der mittleren Frist aufgrund des Alterskompositionseffekts⁷ allerdings stagnieren (Tabelle 6). Die Erwerbslosenquote wird zwar bis zum Ende des Projektionszeitraums auf einem niedrigen Niveau bleiben, aber nicht mehr ganz so stark sinken wie in der kurzen Frist. Zusammen genommen führt dies dazu, dass sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen wird. Ab 2022 dürften das Erwerbspersonenpotential und die Beschäftigung sogar sinken, denn die in Rente gehenden Arbeitskräfte können nicht mehr vollständig durch Zuwandernde, eine steigende Erwerbsbeteiligung von derzeit noch nicht aktiven Personen und durch Arbeitssuchende ersetzt werden. Allerdings steigt die Arbeitsproduktivität in Folge der Arbeitskräfteknappheit im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 1,2 Prozentpunkte und damit um deutlich mehr als während der vergangenen fünf Jahre.

Die zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Projektionszeitraum stärker steigen. Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch die recht starke Teuerung zwar etwas gebremst, die Abschaffung des Solidaritätszuschlages ab dem Jahr 2021 begünstigt sie aber wiederum. Sieht man von diesem Einmaleffekt ab, bleiben die Wachstumsraten des privaten Konsums pro Kopf allerdings in etwa konstant. Der öffentliche Konsum dürfte hingegen etwas an Bedeutung gewinnen, da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der Gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird (Tabelle 7).

⁷ Vgl. Karl Brenke und Marius Clemens (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. DIW Wochenbericht Nr. 35, 675–685 (online verfügbar).

Die restriktiveren Finanzierungsbedingungen dämpfen die Anlageinvestitionen etwas. Die Investitionsquote dürfte im Jahr 2023 nur wenig über dem Niveau des Jahres 2017 liegen. Das Exportwachstum lässt entsprechend der weltwirtschaftlichen Nachfrage etwas nach. Der Außenbeitrag ist in der mittleren Frist wachstumsneutral.

Über den gesamten Projektionszeitraum wird der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,9 Prozent zunehmen. Zum einen dürften von den im Koalitionsvertrag angelegten fiskalischen Impulsen Preiseffekte ausgehen. Zum anderen dürften die höheren Lohnsteigerungen an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei vier Prozent.

Christian Breuer ist Juniorprofessor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaftsuni-chemnitz.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 36/2018:

www.diw.de/diw_weekly

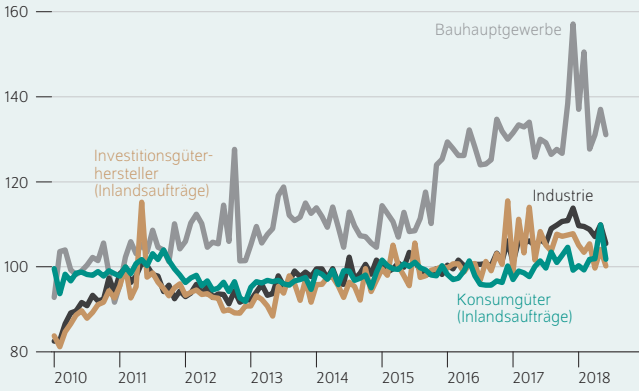


Abbildung 8

Konjunkturindikatoren Deutschland

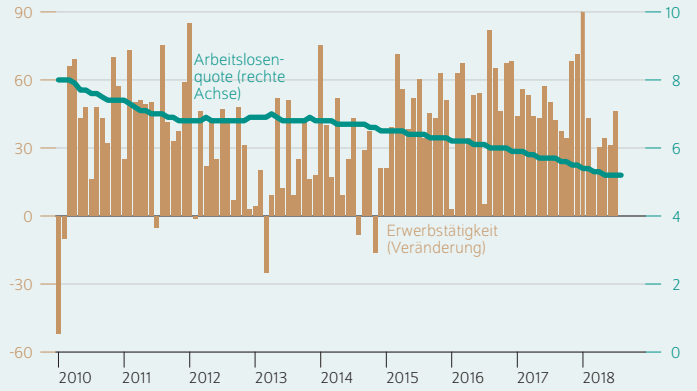
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



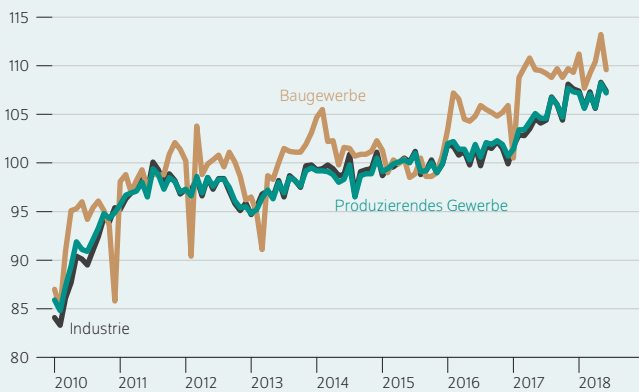
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



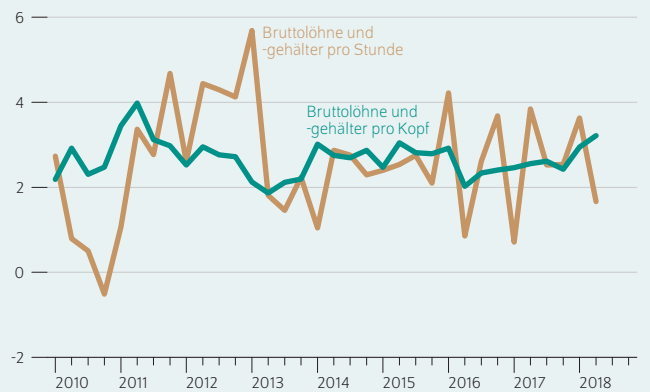
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



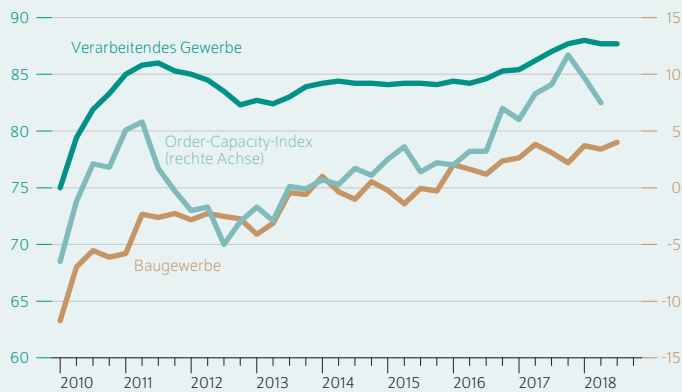
4. Löhne

Veränderung in Prozent



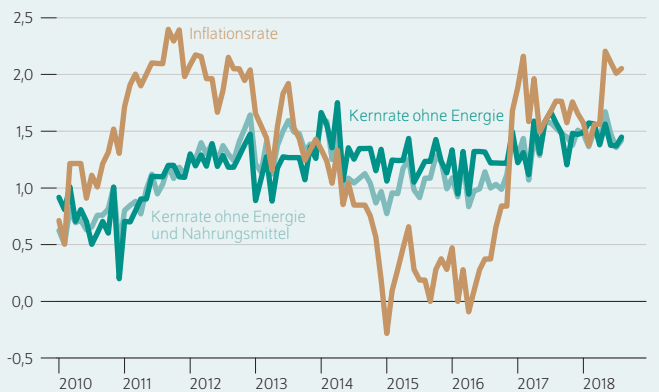
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

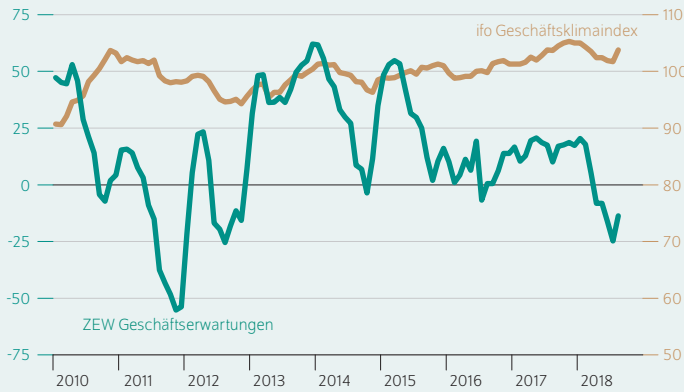
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

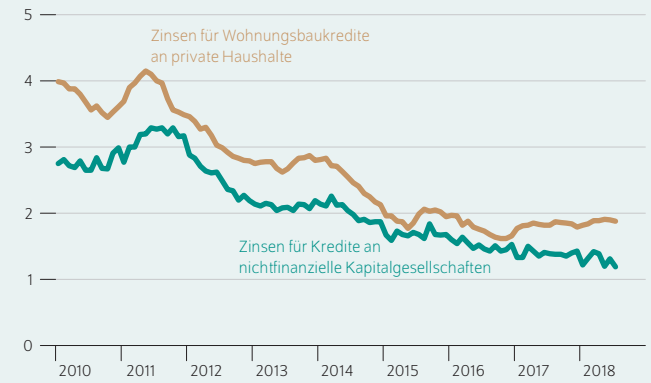
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



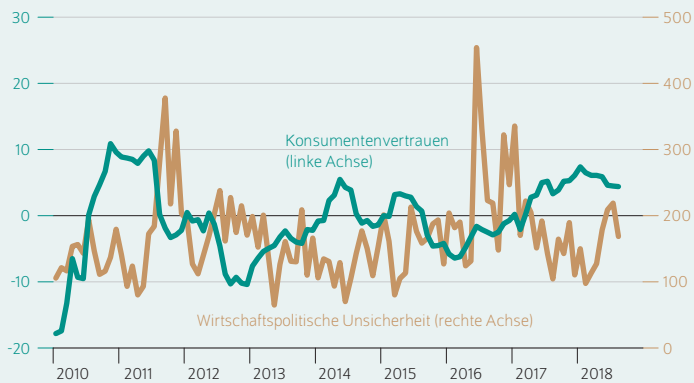
8. Zinsen

In Prozent



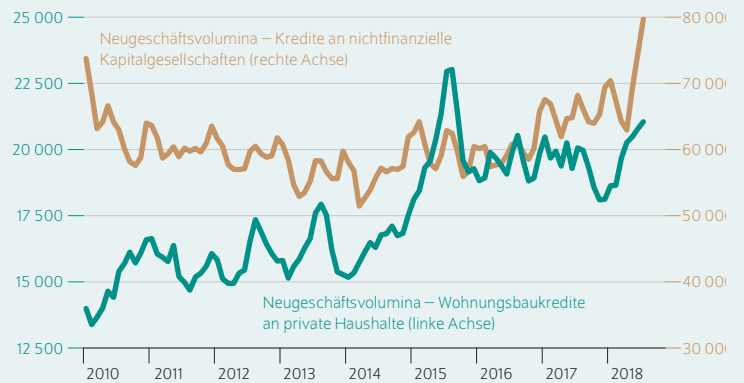
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



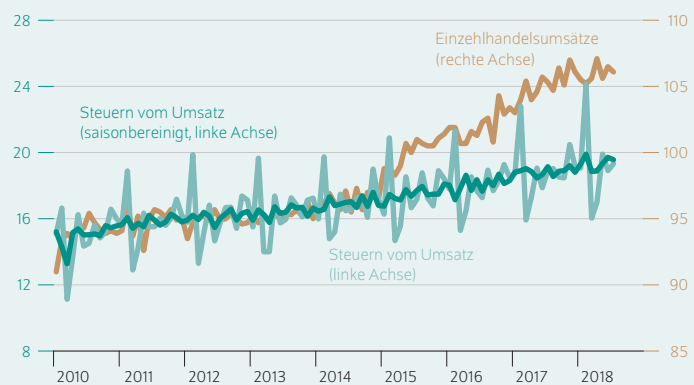
10. Kredite – Neugesäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



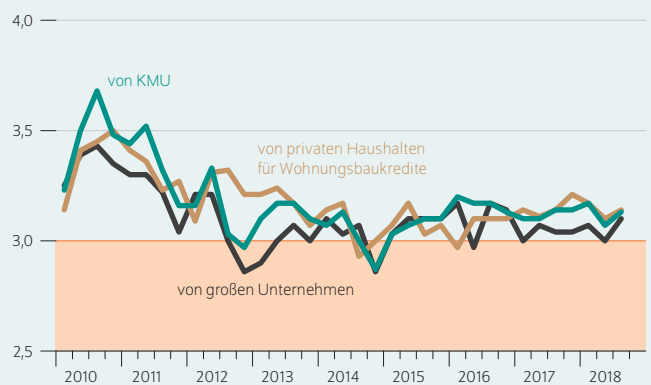
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 6. September 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter